Jones" wird gegenwärtig in Tschinkiang erwartet, wo am Montag auch das britische Kanonenboot „Woodlark" eintreffen soll.

Die Krise in Preußen.

Berlin, 6. Juni.

In der Fraktionssitzung des preußischen Zentrums am Montag werden, wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, noch keine entscheidenden Beschlüsse über die Frage einer Verbreiterung der preußischen Regierung gefaßt werden. Das Zentrumsblatt, die „Germania" erklärt heute abend, es wolle scheinen, als wenn erst einmal die Klärung im Reiche abgewartet werden müsse, bevor man weitere und weittragende Entschlüsse in Preußen fasse. Diese Klärung werde sich voraussichtlich im Laufe des Monats Juni vollziehen und dann werde man auf Grund der dort gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen und ihrer Anwendung auf die gegenwärtig drängenden preußischen Probleme wesentlich klarer sehen, sodaß auch dann in Preußen eine Konsolidation der politischen Kräfte nicht nur möglich, sondern auch wahrscheinlich sein werde. Es sei dies um so mehr zu wünschen, als ja eine Reihe der neuen Forderungen der Entente auch das tiefste preußische Interesse berühren und vor allem eine wesentliche Mitwirkung des preußischen Innenministeriums erfordere.

Das Blatt erklärt im übrigen, die Richtung der Zentrumspartei sei die alte geblieben, nämlich alle Kräfte heranzuziehen, die mitarbeiten wollten und geneigt wären, aus dem Gesichtspunkt des höheren Staatsinteresses heraus auch vor parteipolitischen Opfern nicht zurückweichen.

*

In einem anderen Artikel zur selben Frage erklärt die „Germania", es sei nötig, dem Glauben entgegenzutreten, daß das preußische Zentrum der

deutschnationalen Forderung nach völliger Ausschaltung der Sozialdemokratie

beitreten würde:

Wenn dies die Meinung der Fraktion der Deutschnationalen Partei in Preußen wäre, so würde dies doch nichts anderes bedeuten, als daß die Deutschnationalen in eine Regierung in Preußen mit den Sozialdemokraten zusammen nicht eintreten würden! Dies aber hieße nichts anderes als im gegenwärtigen Augenblicke die Parteipolitik über die Staatspolitik zu stellen. Die Zentrumspolitik ist nicht urteilslos genug, um den Parteien unerträgliche Opfer zuzumuten. Als ein solches aber müßten wir es z. B. bezeichnen, wenn man von der Sozialdemokratie forderte, daß sie nicht nur das Innenministerium, sondern zugleich auch das Präsidium preisgeben sollte, und sich etwa mit dem Finanz- und dem Justizministerium begnügte. Jede Partei müßte eine ähnliche Forderung, wie sie in den letzten Wochen während der Zwischenverhandlungen wiederholt die Rechtspresse durchlief, als unmöglich zurückweisen."

Es wird dann weiter gesagt, das Zentrum halte es für eine selbstverständliche Pflicht des Anstandes, Empfindlichkeiten von Kampfgenossen zu schonen, die mit ihm jahrelang harte Arbeit für den Staat geleistet und sich förmlich darin aufgerieben haben.

Der preußische Kultusminister für die Lehrfreiheit.

Hannover, 6. Juni.

In der Technischen Hochschule zu Hannover kam es vor kurzem zu studentischen Ausschreitungen gegen Professor Lessing, der angeblich in einem Artikel über Hindenburg im „Prager Tagblatt" die deutschen „Belange" gröblichst verletzt haben soll. Rektor und Senat der Hochschule schlossen sich dieser völkischen Aktion an, die

Entfernung Lessings vom Lehramt und von allen Universitäten

forderte. Es konstituierte sich außerdem ein „Kampfausschuß" der Studenten, der am „schwarzen Brett" ankündigte, die Absicht Prof. Lessings, am kommenden Montag seine Vorlesungen wieder aufzunehmen, werde nicht zur Durchführung kommen. Mitglieder des „Kampfausschusses" würden sicher in der Vorlesung „anwesend sein".

Der preußische Kultusminister hat nunmehr den Rektor der Technischen Hochschule in Hannover schriftlich darauf aufmerksam gemacht, daß Prof. Lessing dem preußischen Disziplinargesetz unterliege und daß sein Artikel im „Prager Tagblatt" keinen genügenden Anlaß zu einem disziplinarischen Vorgehen gebe. Nach Artikel 118 der Reichsverfassung habe er überdies das Recht, „innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze

seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern.

An diesem Recht darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern

und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht". Außerdem wird der Rektor der Technischen Hochschule in dem Schreiben ersucht, für den Fall, daß Prof. Lessing seine Vorlesungen wieder aufzunehmen wünsche,

Vorsorge zu treffen, um die gefährdete akademische Lehrfreiheit zu schützen.

Dieser Schritt des preußischen Kultusministers war im Interesse des Ansehens der preußischen Hochschulen und der Sicherung der akademischen Lehrfreiheit dringend notwendig.

*

Hannover, 6. Juni.

Eine von den freiheitlichen Organisationen Hannovers einberufene riesige Versammlung, in der Dr. Siegfried Kawerau über die wahren Gründe der Hetze des nationalistischen Klüngels in der Hannoversche Hochschule sprach, und Oberbürgermeister Leinert bewies, daß Lessings Ausführungen im „Prager Tagblatt" mit zahlreichen Äußerungen der Mitarbeiter Hindenburgs belegt werden könnten und objektiv wahr seien. Die Nationalisten hätten keinen Grund, über eine Schärfe des Kampfes zu klagen, nachdem sie in schlimmster seelischer Roheit den Reichspräsidenten Ebert zu Tode gehetzt und Marx fortdauernd verleumdet hätten.

Verschärfung des Besetzungs-Regimes im Rheinland.

Mainz, 6. Juni.

Es scheint, als ob die durch die Sicherheits- und Räumungsfrage wieder getrübten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sich auch im Regime der Besatzungsbehörde wieder stärker geltend machen. Einige Vorkommnisse der letzten Zeit sprechen dafür. So wurden vor kurzem drei hohe Beamte der Reichsbahndirektion Mainz, deren Ausweisung zwar noch nicht formell aufgehoben, die aber zur Dienstausübung zugelassen waren von einem neuen Verbot ihrer Dienstausübung betroffen. Eine Begründung wurde diesem Verbot nicht beigegeben. Man weiß aber aus sehr guter Quelle, daß das Vorgehen gegen die drei Beamten seinen Grund darin hat, daß die Reichsbahndirektion Mainz sich dem Verlangen der Besatzungsbehörden, die Familienangehörigen der Offiziere des Besatzungsheeres umsonst zu befördern, widersetzt hat.

Auch

die Presse

wird in der letzten Zeit wieder schärfer angepackt. Nach ein paar Zeitungsverboten in der jüngsten Zeit hat dieser Tage das französische Kriegsgericht in Mainz gegen den Redakteur einer Mainzer Zeitung ein Urteil gefällt, gegen dessen Härte in Anbetracht der geringfügigen Ursache schärfstens protestiert werden muß. Hier der Tatbestand: Die rechtsstehende „Mainzer Tageszeitung" brachte am 30. März d. J. eine Mitteilung über die Einweihung eines Denkmals in Oberkirch, Kreis Offenburg, für die im Weltkriege gefallenen Angehörigen des ehemaligen 1. unterelsässischen Infanterieregiments Nr. 132, das zuletzt in Straßburg in Garnison stand. Anschließend daran wurde zur Teilnahme an einer Regimentsfeier aufgefordert. In dieser Notiz sah die Besatzungsbehörde eine

Aufforderung zur Teilnahme an einer durch die Interalliierte Rheinlandkommission aufgelöste und verbotene Vereinigung.

Der verantwortliche Schriftleiter Alexander Burger hatte sich deshalb am letzten Freitag vor dem Kriegsgericht am Hauptquartier der Rheinarmee zu verantworten. Trotzdem er erklärte, daß ohne sein Wissen und Willen die Notiz in die Zeitung gelangt sei, daß es sich im übrigen um ein Regiment des ehemaligen deutschen Heeres handle, das in Mainz und seiner näheren und weiteren Umgebung kaum Angehörige besitze und trotzdem er nachdrücklich bestritt, zur Teilnahme und zum Zusammenschluß an einer verbotenen Vereinigung aufgefordert zu haben, verurteilte das Kriegsgericht den Redakteur

zu drei Monaten Gefängnis

und 2000 M. Geldstrafe. Diese unerhörte Strafe wird kaum dadurch gemildert, daß man Burger hinsichtlich der gegen ihn erkannten Gefängnisstrafe Strafaufschub gewährte. 2000 M. Geldstrafe ist heute auch kein Pappenstiel.

Dieses Urteil beleuchtet wieder einmal die außerordentlich schwierige Situation, in der sich die Presse des besetzten Gebietes befindet. Täglich laufen Meldungen solcher und anderer Art ein, und es bedarf der angespanntesten Aufmerksamkeit, damit nicht eine Notiz durchgeht, die dann schwer geahndet wird. Es ist schon so, wie Uhry in der „Ere Nouvelle" und der Generalsekretär der französischen „Liga für Menschenrechte" Henri Guernut im „Quotidien" es verschiedentlich geschrieben haben, daß die Militärs im besetzten Rheinland sich um die Wünsche der Regierung in Paris nicht kümmern, wobei man allerdings auch den Pariser Stellen den Vorwurf nicht ersparen kann, daß sie den Militärs im besetzten Gebiete allzu freie Hand lassen.

Blutige Schießerei in Teltow.

1 Toter, viele Verwundete.

Berlin, 7. Juni.

In Teltow kam es heute zu schweren Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der Schützengilde und des Roten Frontkämpferbundes. Eingreifende Schutzpolizei und Landjäger mußten von der Schußwaffe Gebrauch machen, wodurch eine Person getötet und neun schwer verletzt wurden.

Berlin, 7. Juni.

Wie der „Montag" erfährt, gehören der Tote und die neun Schwerverletzten dem Roten Frontkämpferbunde an. Aber auch die Gegenseite, sowohl die Polizei wie auch die Schützengilde, die ihr zu Hilfe geeilt war, hat eine große Zahl Verwundete aufzuweisen. Wie die Blätter betonen, hat der die Polizei anführende Oberlandjäger die angreifenden Kommunisten mit lauter Stimme zum Zurückweichen aufgefordert, da er sonst gezwungen sei, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Erst als diese Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, gab der Oberlandjäger Befehl, scharf zu schießen. Mehrere der schwerverletzten Personen haben Bauch- und Lungenschüsse erhalten. Ihr Zustand ist besorgniserregend. Fast alle wurden in den Krankenhäusern, in die sie gebracht worden waren, sofort operiert. Die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums hat zur Untersuchung der Vorfälle Beamte nach dem Schauplatze des Kampfes entsandt.

Aufhebung des Personalabbaues.

Berlin, 6. Juni.

Wie amtlich mitgeteilt wird, sieht die neue Novelle zur Personalabbauverordnung folgende wesentlichen Veränderungen vor:

1. gänzliche Aufhebung der für die Beamten und Angestellten geltenden Abbaubestimmungen, 2. völlige Beseitigung der Pensionskürzungsvorschriften; 3. Gewährung von Abfindungssummen an verheiratete weibliche Beamte, die aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden, 4. Hinaufsetzung des Mindestwartegeldes und des Höchstbetrages des Wartegeldes, 5. Einschränkung der Einstellungssperre. Besondere Berücksichtigung der Versorgungsanwärter und Schwerkriegsbeschädigten bei Einstellung von Beamten, 6. Gewährung von Witwen- und Waisengeld an die Hinterbliebenen eines verstorbenen Ruhegehaltsempfängers, der sich erst nach der Pensionierung verheiratet hat, 7. Gewährung einer Witwenbeihilfe an schuldlos geschiedene Ehefrauen verstorbener Beamter oder Ruhegehaltsempfänger, 8. Gewährung einer Witwenbeihilfe an wiederverheiratete witwengeldberechtigte Witwen im Todesfalle des zweiten Ehemannes.

Da diese Veränderungen nicht ohne Einfluß auf die Rechte der Länder- und Gemeindebeamten bleiben werden, war eine

Kunst und Wissenschaft.

Lohengrin in der Staatsoper mit Curt Taucher, aber ohne Elisabeth Rethberg! — Die Künstlerin hatte, stark erkältet, absagen müssen. Das war für viele zunächst natürlich eine Enttäuschung. Aber als man dann aber Meta Seinemeyers bel canto hörte, fand man sich schnell in die veränderte Situation. Wie Meta Seinemeyer in der Erscheinung für die Rolle wie geschaffen erscheint, so ist sie auch stimmlich für sie berufen. Und, was noch hinzukommt, sie kann auch singen. Vorbildlich behandelte sie u. a. die Stimme in der Balkonszene. Man erkennt immer mehr, welchen Gewinn ihr Engagement in unserem Stimmenensemble bedeutet. Über Curt Tauchers Lohengrin kann man sich kürzer fassen. Der Künstler ist hier sozusagen beglaubigt in der Partie. Er singt sie mit den Allüren des Heldentenors. Mit Recht, wie ich meine, denn bestimmt hatte sie Wagner ursprünglich für Tichatscheck. Seinem Spiel aber ist, wie immer, Vergeistigung nachzurühmen. So fanden die beiden Gestalten Elsas und Lohengrins im Mittelpunkt des Dramas, wie es sein soll. Allerdings fehlte aber auch der wirksame Gegensatz der beiden düstren Gestalten Ortruds und Telramunds nicht. Über Plaschke in der Rolle des brabantischen Grafen sind die Akten längst geschlossen. Er steht außer Wettbewerb. Recht empfänglich wächst sich aber auch Eugenie Burkhardt in die Rolle der Ortrud ein, und man hatte seine Freude daran, wie die Stimme durchhielt in der anstrengenden Partie. Adolph Schoepflin (König) und Rudolf Schmalnauer vervollständigten das Ensemble. O. S.

Bach-Jahr in der Martin Luther-Kirche. Mit der letzten Sonnabendvesper hat Musikdirektor Richard Fricke eine gerade für unsere Zeit bedeutungsvolle Bach-Propaganda zu glücklichem Abschluß gebracht. „Nicht Bach, nein Meer sollte er heißen", sagt einmal Beethoven. Von diesem Gesichtspunkte ist Fricke ausgegangen und hat in seinem „Bach-Jahr" der Zuhörerschaft einen Überblick geboten über das gesanglich-kirchenmusikalische Schaffen des großen Sebastian und derer um ihn, die den gleichen Namen tragen. Man konnte da sogar Uraufführungen erleben. Leider fehlt der Raum, Frickes Verdienst an der Hand der einzelnen Aufführungen, im Zusammenhange zu würdigen. Das Sonnabendkonzert gab dem Zyklus einen schönen Ausklang. Gleich der Choral „O wie selig" im lapidaren Satze des Leipziger Thomaskantors (aus Phil. Em. Bachs Sammlung) nach einer böhmischen Gesangbuch-Melodie (um 1566) griff unmittelbar ans Herz, wie auch das Gedicht Simon Dachs, der uns das Volkslied „Ännchen von Tharau" (Silcher) schenkte. Die Chöre „Gott der Herr ist Sonn' und Schild", sowie „Nun danket alle Gott" (mit farbiger Orchesterbegleitung) taten gleichfalls ihre Wirkung, wie überhaupt die ganze „Kantate Nr 79", an der Doris Walde (Sopran), Frau Nahm-Rennebaum (Alt) und Karl Zinnert (Baß) erheblich beteiligt waren. Die drei Künstler hatten vorher Gelegenheit, in anderen solistischen Aufgaben sich erfolgreich zu betätigen, besonders die Sopranistin (Arie aus der Kantate Nr. 127), und die Altistin („Schlage doch, gewünschte Stunde"). An der Orgel saß Kantor Richard Schmidt, auch am Cembalo (Tafelklavier) bewährte er sein Können. Im Kammerorchester traten Oboe, Trompeten und Glocken hervor. Richard Fricke gebührt Dank und Anerkennung in hohem Maße. H. Pl.

Arbeiter-Sängerbund. Am Sonntag nachmittag veranstaltete der Bezirk Dresden und Umgegend des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes in der Jungen Heide (beim Wilden Mann) ein Wald-Konzert, das, von herrlichem Sonnenschein begünstigt, vielen Tausenden von Besuchern künstlerische Genüsse vermittelte. 38 Sängervereinigungen, darunter der leistungsfähige Buchdruckergesangverein, waren vertreten und folgten der temperamentvollen Stabführung des Bundesdirigenten Kapellmeister Paul Beege mit großer Hingabe. Die Vortragsordnung verzeichnete zumeist volkstümliche Gesänge, enthielt aber auch Werke, deren Wiedergabe fleißige Proben vorangegangen sein mußten. Erwünschte Abwechslung brachte die mannigfache Klangschattierung dieses Konzerts. Männerchöre mit und ohne Bläserbegleitung, wie „Des Liedes Kristall" (Schmidt), „Freiheitssturm" (Otto), „Die Tale dampfen" (Webers „Euryanth") und „Freie Kunst" (Stunz) zeigten straffe Disziplin, Schönheit des Ausdrucks und gute Wortbehandlung. Mit Recht wurde „Freie Kunst" zur Wiederholung begehrt und (als Zugabe) noch der Spruch „Empor zum Licht" mit markiger Kraft geboten. Sehr fein: abgetönt erklangen die Frauenchöre („Es steht ein Lind" von Uthmann), ferner die gemischten Chöre („Waldeinsamkeit" von Moritz Hauptmann und Beethovens „Die Himmel rühmen"). Das Dresdner Bläserquintett der ehemaligen Hoftrompeter sperdete stürmisch bejubelte Einzelgaben und führte auch die instrumentale Begleitung treffsicher aus. Kapellmeister Beege war allenthalben Gegenstand begeisterten Beifalls. H. Pl.

Ein Theaterskandal in Berlin. Bei der Aufführung von Arnold Bronnens Lustspiel „Die Exzesse", die von der Jungen Bühne im Berliner Lessingtheater veranstaltet wurde, kam es Sonntag mittag zu einem großen Theaterskandal. Die Aufführung, die bei der Mehrzahl der Zuschauer Beifall fand, wurde von einigen wenigen Leuten, an deren Spitze der Regisseur Rotter stand, durch Pfeifensignale gestört. Der künstlerische Leiter der Jungen Bühne stürzte sich schließlich auf den Störenfried und verabreichte ihm unter ungeheurem Lärm eine schallende Ohrfeige. Nachdem die Ruhestörer aus dem Theater entfernt worden waren, konnte die Vorstellung ungehindert zu Ende geführt werden.

Hochschulnachrichten. Der außerordentliche Professor an der Universität Gießen Dr. Korff ist vom 1. August 1925 ab zum ordentlichen Professor der neueren deutschen Sprache und Literatur in der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

Dem Dr. phil. Carl Walter Kockel ist die Lehrberechtigung für Geologie in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig erteilt worden.

„Wie benutze ich die Sächsische Landesbibliothek?" Unter diesem Titel hat die Bibliothek einen Führer herausgegeben, der die Benutzer über alle Fragen der Benutzung unterrichtet. Er ist für 20 R.-Pf. in der Ausleihe und im Vorraum des Lesesaals sowie in den Vermittlungsstellen (Akademische Buchhandlung Bismarckplatz 14 und Buchhandlung Roscher, Blasewitz, Striesener Str. 2) käuflich. Der Benutzer, der sich eine Leih- oder Lesesaalkarte ausstellen läßt, ist zum Kauf dieses Führers verpflichtet.

Hermann Ambrosius, 4. Symphonie, C-dur, opus 42, im Verlag Max Brockhaus erschienen, ist von Wilhelm Furtwängler für die Gewandhauskonzerte im nächsten Winter angenommen worden.

Sächsisches Staatstheater. Opernhaus. In der heutigen Vorstellung „Hoffmanns Erzählungen" singt Herr Kammersänger Plaschke die Rollen des Lindorf, Coppelius, Dapertutto, Miraklel.

Mittwoch, den 10. Juni, letztes Gastspiel von Elisabeth Rethberg in „Bohème" (Mimi). Weitere Besetzung: Rudolf — Karl Jörn von der Berliner Staatsoper a. G., Schaunard — Ludwig Ermold, Marcell — Friedrich Plaschke, Colline — Willy Feher, Musette — Charlotte Wolf, Alcindor — Hans Lange. Musikalische Leitung: Kurt Striegler, Spielleitung: Georg Toller. Anfang ½8 Uhr.

Schauspielhaus. Mit Rücksicht auf die am Donnerstag, den 11. Juni, stattfindende Erstaufführung des Dramas „Louis Ferdinand Prinz von Preußen" ist das Mittwoch erscheinende fünfte Schauspielheft der Zeitschrift „Ausblick" Fritz v. Unruh gewidmet. Hans Heinrich Borchold spricht über Unruhs Gestaltungen, Karl Wolff speziell über die drei Prosadichter „Flügel der Nike", „Reben" und „Opfergang" (wovon eines der markantesten Kapitel abgedruckt wird). Das Heft schließt mit einem Auszug aus den Aufzeichnungen Fürst v. Pückls, des letzten Adjutanten Louis Ferdinands, über den Heldentod des Prinzen bei Saalfeld.

Dienstag, den 9. Juni (Mozartstraße 3) die Komödie „Dyckerpotts Erben" von Roberts Reitz. Spielleitung: Alexander Wieroth. Anfang ½8 Uhr.